



Berlin-Brief

von Josip Juratovic
Mitglied des Deutschen Bundestages

22.Juni 2007

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

das Ergebnis der Koalitionsrunde von Montagnacht ist für mich in Sachen **Mindestlohn** nicht befriedigend. Denn dieser Kompromiss wird für viele Niedriglohnempfänger keine Verbesserungen mit sich bringen. Dennoch ist dies ein Schritt in die richtige Richtung und eine Verpflichtung für uns weiterhin unsere ursprüngliche Forderung in dieser Koalition voranzutreiben. In den Verhandlungen hat die CDU zum wiederholten Mal bewiesen, dass ihr die Armutsbekämpfung egal ist und somit die gesamtgesellschaftliche Verantwortung in unserem Land. Deshalb hat Franz Müntefering ganz richtig erkannt: ein Mindestlohn ist mit der CDU nicht zu machen, sondern nur gegen sie. Als Ergebnis dieses Kompromisses sind nun die Tarifparteien gefordert: Die Tarifparteien mit einer Tarifbindung von mehr als 50 Prozent (wie zum Beispiel Bewachungsgewerbe, Postdienstleistungen, Entsorgungswirtschaft und Zeitarbeit) müssen nun zügig die Voraussetzungen für die Aufnahme ins **Arbeitnehmerentendegesetz** erfüllen. Für Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt oder eine zu geringe Tarifbindung, besteht die Möglichkeit, das **Mindestarbeitsbedingungengesetz** aus dem Jahr 1952 zur Anwendung zu bringen. Dieses Gesetz muss nun umgehend aktualisiert und den heutigen Bedingungen angepasst werden, damit wir in Branchen wie der Fleischwirtschaft möglichst rasch soziale Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen.

Für mich ist dieses Ergebnis nicht zufriedenstellend.

Beide Instrumente reichen nicht aus, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tatsächlich vor Lohndumping zu schützen. Auch in tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen gibt es Armutslöhne. Die Union ist leider immer noch nicht bereit, dies anzuerkennen und wirksam gegen Lohndumping und Ausbeutung vorzugehen.

Fazit: Die Einigung im Koalitionsausschuss ist zwar ein Fortschritt, aber sie reicht nicht aus. Die Union hat sich ein bisschen in die richtige Richtung bewegt. Jedoch wurde in den Verhandlungen deutlich, dass die CDU/CSU noch weit davon entfernt ist, die sozialen Verwerfungen in vielen Bereichen anzuerkennen. Wir brauchen wirksame Lösungen gegen Lohndumping. Deshalb bleibt die Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen für uns auf der Tagesordnung, denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf gute Arbeit und faire Löhne. Wie erwartet versucht vor allem die Linkspartei zu tricksen und mit gezielten Angriffen die Geschlossenheit der Gewerkschaften und unserer Partei für gerechte Löhne zu untergraben. Deshalb ist es wichtig, nach altbewährter Manier nach innen konstruktiv-kritisch und nach außen geschlossen für unsere gemeinsamen Ziele anzutreten. Nur so lässt sich eine Politik durchsetzen, die auch tatsächlich den Betroffenen hilft.

.Mit freundlichen Grüßen

Josip Juratovic

- **Bundeswehreinsatz im Kosovo verlängert**

Der Deutsche Bundestag hat am 21. Juni 2007 auf Antrag der Bundesregierung die nochmalige Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Kosovo bis Mitte Juni 2008 beschlossen (Drs. 16/5600, 16/5753).

Die Mission, die auf einem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen basiert, ist erstmals im Juni 1999 durch den Deutschen Bundestag beschlossen und seitdem mehrmals verlängert worden. Die Präsenz der Sicherheitstruppe Kosovo Force - KFOR - gewährleistet auch weiterhin die militärische Absicherung der Friedensregelung des Sicherheitsrates für das Kosovo. Derzeit hat Deutschland etwa 3.000 Soldaten zu diesem Einsatz entsandt.

Die Lage im Kosovo ist ruhig und stabil. Es bestehen aber nach wie vor ethnische Gegensätze. Die Mehrheit der kosovo-albanischen Bevölkerung bemüht sich dennoch, auch in der Hoffnung auf eine baldige Unabhängigkeit, darum, den Statusprozess nicht durch erneute Ausschreitungen zu stören. Bis zum Sommer will die internationale Gemeinschaft eine Lösung für den im November 2005 eingeleiteten Prozess zur Bestimmung des künftigen Status für das Kosovo erreichen. Angesichts der Spannungen mit Serbien dringt die kosovarische Regierung auf eine vollständige Unabhängigkeit und erhält dafür Unterstützung vor allem von den USA. Russland warnt hingegen davor, die Statusfrage des Kosovo ohne Zustimmung Serbiens zu klären. Die serbische Regierung will eine Loslösung ihrer Südprovinz verhindern und bietet stattdessen eine „überwachte Autonomie“ an.

- **Junge Menschen fördern – Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern**

Der Bundestag hat am 21. Juni den Antrag der Koalitionsfraktionen „Junge Menschen fördern – Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern“ (Drs. 16/5730) beraten. Damit bringen wir eine Reihe von zusätzlichen Maßnahmen für Altbewerber und benachteiligte Jugendliche auf den Weg. In Deutschland gibt es 300.000 so genannte Altbewerber, d.h. Bewerber, die mindestens im zweiten Jahr auf Ausbildungssuche sind. Indem wir auch die gesetzlichen Fördermöglichkeiten betrieblicher Ausbildung durch die Bundesagentur für Arbeit im Arbeitsförderungsrecht erweitern wollen, leiten wir einen Paradigmenwechsel ein. Die Bundesregierung wird aufge-

fordert, noch in diesem Jahr ein Konzept „Jugend - Ausbildung und Arbeit“ zu entwickeln, das insbesondere folgende Vorschläge aufgreift:

Die Eingliederung von benachteiligten Altbewerbern in betriebliche Ausbildung durch Eingliederungszuschüsse fördern. Dabei sollen ausschließlich zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für Altbewerber mit personen- und eignungsbezogenen Vermittlungshemmnissen gefördert werden, wie z. B. Lernbeeinträchtigungen oder fehlende Schulabschlüsse.

Vorbildliches Ausbildungsverhalten von Betrieben honorieren, indem für die entsprechenden Betriebe die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung reduziert werden.

Der Einsatz von Paten soll ausgebaut und systematisiert werden.

Die Aufteilung der Zuständigkeiten für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung zwischen BA und Trägern der Grundsicherung noch einmal überprüfen.

- **Klimaschutz in Entwicklungsländern verstärken**

Der Bundestag hat am 22. Juni den Antrag der Koalitionsfraktionen „Klimawandel global und effizient eindämmen: Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern entschieden voranbringen“ (Drs. 16/5740) beraten.

Vom Klimawandel ist unsere gesamte Erde betroffen, vor allem aber sind es die Entwicklungsländer. Der Großteil der Industriestaaten als Hauptverursacher der Erderwärmung hat damit begonnen, den Ausstoß der klimagefährdenden Emissionen zu senken und ist aktuell dabei, seine Anstrengungen auszubauen. Zudem tragen die Industriestaaten eine Verantwortung gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern. Der Antrag von CDU/CSU und SPD verfolgt das Ziel, Klimaschutz als globale Aufgabe anzugehen und die Entwicklungs- und Schwellenländer stärker einzubinden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dazu ihre technische und finanzielle Unterstützung zum Aufbau einer nachhaltigen Energiewirtschaft und den Transfer klimafreundlicher Technologie durch marktwirtschaftliche Anreize und flankierende Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit auszubauen. Gestärkt werden soll die Zusammenarbeit Deutschlands mit diesen Ländern auf den Gebieten des Natur- und Ressourcenschutzes, Katastrophenrisiko- und Küstenmanagements, der klimagerechten Landnutzungsplanung, Infrastrukturauslegung und im Bereich der Landwirtschaft. Dazu gehört auch die gemeinsame Forschung und Entwicklung von speziell auf die Bedürfnisse

dieser Länder ausgerichtete Umwelttechnologien. Der Ausbau verantwortungsvoller Regierungsführung, der Rechtssysteme und der Kapazitäten für den Klima- und Umweltschutz sowie Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern sollen weiter gefördert werden.

Termine im Wahlkreis:

Dienstag, 26. Juni 2007, 20 Uhr: Kreisdelegiertenkonferenz SPD-Kreisverband Heilbronn-Stadt zum Thema Integration. Vereinsheim „Im Ried“, Heilbronn-Frankenbach.

Donnerstag, 28. Juni 2007, 20 Uhr: Mitgliederversammlung SPD-Ortsverein Heilbronn. Haus des Handwerks, Heilbronn.

Samstag, 30. Juni 2007, 15 Uhr: SPD-Freundschaftsfest. Michaelsberg, Gundelsheim-Böttingen.

Sonntag, 01. Juli 2007: Sommerfest des SPD-Ortsvereins Neckarsulm. AWO-Gelände, Neckarsulm-Amorbach.